

Bezugspreis:
 Einzelheft 1,- Mk. pro Quartal 3,- Mk. pro Semester 6,- Mk. pro Jahr 12,- Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Der Preis für den Auslandbezug beträgt 15,- Mk. pro Quartal, 30,- Mk. pro Semester, 60,- Mk. pro Jahr (Postgebühren eingeschlossen).
 Einrückungstermin für den Druck: 10. Dezember 1918.
 Verantwortlicher Redakteur: **Carl Schlegel**, Halle a. S., Markt 11.
 Verlag: **H. Buchhändler**, Halle a. S., Markt 11.
 Druck: **Verlag des Volksvereins**, Halle a. S., Markt 11.
 Postfachnummer: 1007.
 Telephonnummer: 1016.

Die Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ

Empfehlung:
 Die Arbeiter-Zeitung ist ein wertvolles Organ für die Arbeiterbewegung.
 Sie enthält wertvolle Artikel und Nachrichten über die Lage der Arbeiter.
 Jeder Arbeiter sollte eine eigene Arbeiter-Zeitung haben.
 Preis 1,- Mk. pro Quartal.
 Bestellungen an den Verlag, Halle a. S., Markt 11.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Curgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die unabhängige Sozialdemokratie.

Von Heinrich Ströbel

Der Kampf des Krieges und die Revolution hat die unabhängige Sozialdemokratie in eine eigentümliche Lage versetzt. Der Kampf der historischen Ereignisse hat sie mitten zwischen zwei sozialistische Parteien gestellt, zwischen die Mehrheitssozialisten und den Spartakus-Bund. Aber es waren nicht nur die Verhältnisse, die sie diese Stellung aufzwangen, sondern auch und vor allem ihre Grundgedanke und die Gebote der politischen Vernunft.

Mit beiden Kampfparteien hat die U. S. D. Berührungspunkte und gemeinsame Interessen. Dennoch kann sie sich weder mit der einen noch mit der anderen verschmelzen. Will sie nicht ihr inneres Wesen veräußern und ihre geschichtliche und politische Mission treulos verraten.

Mit den Mehrheitssozialisten verbindet die U. S. D. das gemeinsame Interesse an der Sicherung der revolutionären Errungenschaften, der Bekämpfung der Demokratie und der Durchsetzung erster sozialistischer Maßnahmen. So unheimlich und antirevolutionär auch die Haltung der Mehrheitssozialisten während des Krieges war: der Kampf der außer- und innerpolitischen Ereignisse und die mit elementarischer Kraft hereinbrechende und unabwendbare Revolution zwangen die Mehrheitssozialisten unabweislich in den Dienst der Demokratie und des Sozialismus. Sie in diesem Dienste zu erhalten und vor reaktionären Angriffen und Seitenrücken möglichst zu bewahren, ist die höchste Pflicht der U. S. D., die durch die Bildung einer gemeinschaftlichen Regierung mit den Mehrheitssozialisten die Möglichkeit der schärfsten Kontrolle und der bestmöglichen Mitbestimmung der Politik des Reiches und der Provinzen gewonnen hat.

Der Revolution vor die Pflicht der Übernahme der Staatsgewalt gestellt, gab es für die U. S. D. keinen Zweifel. Klein konnte sie nicht die Regierungsgewalt ergreifen — dazu fehlten ihr die breiten Massen des Volkes und die gewaltige Macht der bewährten organisierten und propagandistisch begabten Kräfte. Selbst die in der Regierungsmehrheit geringsten Parteien haben daran wahrhaftig keinen Lebenszug. Die Unabhängigen mußten sich also entweder mit den Mehrheitsparteiern in die Kasse stellen, oder in der bloßen Opposition verharren, auf die Gefahr hin, die Mehrheitssozialisten dem Bürgertum wieder in die offenen Arme zu treiben. Eine solche Stellungnahme aber hätte die Lebensinteressen des Proletariats verlegt. Sie hätte neue Spaltungen und Gegensätze erzeugt und dadurch die ohnehin so konfliktträchtigen Zustände bis zur Katastrophe gesteigert. Es wäre aber eine Friedlosität gewesen, in einer Zeit des totalen wirtschaftlichen Niederganges, angesichts der Hunger-, der völligen sozialen Desorganisation und der drohenden feindlichen Invasion des Proletariats selbst durch unruhige Verbündete zu schwächen und zu zerstreuen und das durch den Krampf der auf der Dauer gegen den Konterrevolutionären herauszufahren.

Im Interesse der Vereinigung aller proletarischen Kräfte hätte es die U. S. D. freudig begrüßt, wenn auch die Spartakus-Gruppe sich an der Regierung beteiligt hätte. Leider haben deren Führer das bis zur Stunde abgelehnt.

Das politische Zusammenwirken der U. S. D. mit den Mehrheitssozialisten bedeutet keineswegs die Verzichtgabe einer selbständigen Politik. Für die Forderung weiterer Parteien sind nicht Opportunitätsbetrachtungen ausschlaggebend, sondern ihre Grundgedanke und ihre inneren Überzeugungen. In dem Augenblick, wo das Verbleiben in der Regierung uns das Opfer einer Überzeugung auferlegen würde, wäre das Auscheiden unserer Vertreter aus der Regierung eine Selbstverständlichkeit. Nichts wäre bedauerlicher als irrtümlich die Annahme, daß nunmehr die Differenzen zwischen Mehrheit und Minderheit verschwinden oder gegenstandslos geworden wären. Im Gegenteil: die Zusammenarbeit findet ihre Rechtfertigung gerade in der Pflicht, die schärferen Tendenzen und die besonderen Auffassungen der U. S. D. so nachdrücklich als möglich in der Regierungspolitik zur Geltung zu bringen.

Zunächst besteht zwischen Mehrheit und Minderheit der Unterschied in der Beurteilung der Schuldfrage und der daraus resultierenden politischen Pflichten. Diese Frage hat keine zweigleichen historischen Charakter, liegt durchaus nicht nur in der Vergangenheit und in einer späteren Zukunft. Sie betrifft vielmehr ganz offensichtlich das wichtigste Problem der Gegenwart: das des Friedensschlusses. Während die Mehrheitssozialisten in unbegreiflicher Verbundenheit mit dem Ausland in der Verantwortung, Erzeuger und Schuld an einem erschütternden Frieden zu sein glauben, sind wir der Überzeugung, daß es das selbstverständliche Gebot der politischen Vernunft ist, bei den Friedensverhandlungen der Entente unbefangene Männer gegenüberzustellen, ganz einzeln, wie man immer über Hoch, Clemenceau und Lloyd George denken mag. Zudem: sobald erst einmal die furchtbare Not der Zeit überwunden und wieder ein normales politisches Denken und ein differenzierendes Parteilieben möglich sein wird, wird für die Gewinnung der Massen die Frage der Schuld am Kriege und an der Kriegsverlängerung die wichtigste Rolle spielen. Ja, mehr noch: schon während der drohenden Wahlpropaganda werden diese Fragen von dem entscheidenden Einfluß sein.

Aber auch in den Fragen der Demokratie und der Wirtschaftspolitik wird die U. S. D. nicht nur in den Ministerien und

sonstigen Verwaltungsgremien, sondern erst recht in ihrer Presse und Propaganda die vorantreibende Kraft sein müssen. Das Bedingende mit dem Bürgertum und die sanfte Kompromißpolitik ist den Mehrheitsparteiern allzu sehr zur Gewohnheit geworden, als daß nicht der U. S. D. die Rolle des unausgesprochenen Drängers aufsteht.

Es leidet die Mehrheit der Gefahr der militärisch-bourgeois-großen Regeneration nehmen, desto ernstlicher müssen wir dieser überaus schweren Gefahr zu begegnen suchen. Der Einfluß der Generalität, der Offizierskaste, des Militarismus überhaupt muß restlos gebrochen werden. Die Demobilisierung ist peinlich zu überwachen, zum Hauptquartier und Kriegskabinetorium an bis in die letzte Etappe und kleinste Garnison. Der Rimbud der Hindenburg und Genossen muß rücksichtslos gerissen, ihre Popularität mit allen Mitteln der Aufführung zerstört werden. An die Stelle der alten Armee hat die Bewaffnung zuverlässiger proletarischer Elemente zu treten.

Und wie hier, muß auch in allen Zweigen der zivilen Verwaltung rücksichtslos durchgegriffen werden. Die Demokratie muß die Reaktion aus all ihren Lagern noch so zahllosen Schlupflöchern herausziehen.

Nicht minder muß die U. S. D. die Mehrheit aus dem Gebiete der Sozialisierung, des Steuerwesens, der Sozialpolitik, der Schul- und Kulturpolitik vorwärts zu drängen suchen. Die Beteiligung der U. S. D. an der Regierung bedeutet ja keineswegs, daß die Presse und die Agitation der Partei vorsichtig abgemildert werden müsse. Rein, sie sollen mit aller Fortschritte die sozialdemokratischen Forderungen erheben, unzulängliche Regierungsmaßnahmen kritisieren und die Regierung zu rascherem Tempo antreiben. Was gefordert werden kann und muß, ist allein, daß keine unfinnigen und unmöglichen Forderungen erhoben, daß der Regierung nicht leichtfertig Fußspiegel aufsteht — die Forderung sozialistischer Demagogen der Spartakus-Bundes und der roten Fahne entgegen.

Darüber, daß die Spartakusmänner uns gefühlsmäßig unendlich viel näher seien, als die Schreibemänner, bedarf es keines Wortes. Ebenjenseits darüber, daß ihre scharfe Kritik in ihren eigenen Kreisen beängstigt ist, und daß fernst und von ihnen eine unüberwindliche Kluft: ihr bolschewistisches Programm, ihre Empfehlung und Befolgung der russischen Revolutionsmaßnahmen.

Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Demokratie, der Nationalversammlung. Die Spartakusgruppe dagegen erstreckt sich auf die Konstituante die unbegrenzte Dauerherrschaft der U. S. D. und die Diktatur des Proletariats in der Form des Gewaltregimes der sozialistischen Arbeiterklasse.

Wir glauben an einen organischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, an die schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Einrichtungen und betonen die Demokratie als den Hebel dieser Umgestaltung. Die Spartakusgruppe dagegen will sofort die weitestgehende Sozialisierung vorgenommen und die Demokratie nicht als das Mittel, sondern als das Ergebnis eines solchen unermittelten Sozialisierungsprozesses betrachtet wissen. Die Spartakusgruppe vertritt davon dem Proletariat Freiheit und Wohlfahrt; während wir von dieser russischen Methode nur den sozialen Kontrast, die wirtschaftliche Anarchie und den allgemeinen Hunger befürchten.

Wir stehen auf dem Boden des Marxismus, auf dem Boden aller bisherigen theoretischen Auffassungen, auf dem Standpunkt, den kaum ein Jahrzehntlang unangefochten in seinem Erörterungs Programm und seinen zahlreichen Schriften vertreten hat. Die Spartakusgruppe dagegen empfiehlt die Methoden der Lenin und Trotski, trotzdem deren Ergebnisse so abschreckend sind, wie nur möglich, da sie das russische Wirtschaftsleben total gerüttelt haben.

Beide Auffassungen aber schließen einander aus, bekämpfen sich, wie Feuer und Wasser. Darum ist es notwendig, nicht nur mit aller Deutlichkeit den Trennungspunkt nach rechts, sondern auch den nach links zu ziehen. Nur wenn wir die volle Klarheit über unsere Ziele und unsere Methoden verbreiten, verstehen wir Verwirrung und Defektion in unseren eigenen Reihen, pflanzen wir eine weithin schmerzliche Scharade auf, um die sich alle Gleichgültigen sammeln.

Die Situation, in der Mitte zwischen zwei extremen Parteien zu stehen, mag nicht angenehm erscheinen. Primitive Naturen und mangelhaftem Unterscheidungsvermögen dünnt eine solche „Mittelpartei“ leicht als eine Partei des Kompromisses und der schwächlichen Unentschiedenheit. In Wirklichkeit hat aber gerade die U. S. D. mit unerbittlicher Grundgesetz treue eine Politik der konsequenten Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus zu treiben, unbeeinträchtigt von allem Geschrei nach links und rechts. Und ohne jede opportunistische Rücksichtnahme auf Strömungen, die momentan populär sein mögen, gerade weil sie durch soziale Unkenntnis und politische Leichtgläubigkeit begünstigt werden.

Aber solchen Strömungen hat der beste Teil der Sozialdemokratie niemals Rechnung getragen. Und die Partei ist gut dabei gefahren. Und sie wird auch diesmal die Brücke einer solchen, unerbittlich grundsätzlichen Politik errichten, wenn sie sich treu bleibt und für völlige Klarheit ihres Willens und Handelns Sorge trägt!

Wahl in Chemnitz. Bei den Wahlen zum U. S. D. und S. Mat im Anhaltbezirk Chemnitz wurden für die Mehrheitssozialisten 78 600 und für die Unabhängigen 6800 Stimmen abgegeben. Die Rede gegen die „Bolschewisten“ hat gewonnen.

Stimmungsmache!

Wie der Vorwärts gegen die U. S. D. Räte geht.

Berlin, 11. Dezember. Der Vorwärts hatte berichtet, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland unterbreiten möchte, um die sofortige Wiederherstellung „gesamter Ruhe und Ordnung“ zu erlangen. Dieser Schein, freilich das Wort, wird jetzt deutlicher und laßt sich besser verstehen. Die Entente berichtet, liegt eine Rolle der Allierten an Deutschland auf eine sofortige Auflösung der gesamten U. S. D. und S. M. Räte. Der Vorwärts konzentriert auf die Befreiung der U. S. D. und S. M. Räte eine vierteljährliche Brille zur Beseitigung der „rechtswidrigen Behörden“, nach ihrem Ablauf würden die Allierten selbst die Befreiung des Bolschewismus in Deutschland in die Hand nehmen. Weitere Londoner Meldungen künden die Wahrscheinlichkeit dieser Drohungen. Die Zusammenziehung der Truppen an der deutschen Grenze dauere fort. Die Times schreibt, daß ein Einmarsch der Westmächte für die Allierten die Anforderung ist, in Deutschland einzutreten und die Ordnung wieder herzustellen. (W. Z. B.)

Diese Treibereien des Vorwärts beruhen höher nur auf Phantasie. Sie werden aber verhänglich, wenn man den Hintergrund kennt, nämlich die frampische Wahl, die Wahlen zur Nationalversammlung im Quarta-Tempo zu beschleunigen, um sich nur in recht bester der Arbeiter- und Soldatenräte ihre Macht verlieren und die Nationalversammlung an ihre Stelle tritt. Es ist sehr bezeichnend für die alle „Sozialdemokratische“ Partei, daß gerade der Vorwärts die Führung im Reichstreiben gegen die Räte hat!

Der Rätekongreß.

Berlin, 9. Dezember. Am 11. Den Arbeiter- und Soldatenräte der Republik schloßen sich als vorläufige Tagungsordnung der Delegiertenversammlung vom 10. Dezember folgende vor:

1. Bericht des Vollzugsrates, Berichterstatter: Rich. Müller, Bericht der Volksbeauftragten, Berichterstatter wird noch zu bestimmen.
 2. Nationalversammlung oder Rätekongreß? Ref.: Cohen, Sekretär: Däumig.
 3. Sozialisierung des Wirtschaftslebens, Referent: Olfert, Sekretär: Wirth, Bericht: Wirth.
 4. Die Arbeiterbewegung und deren Einfluß auf den Aufbau der deutschen sozialistischen Republik, Referent: Ledebour, Sekretär: Wirth.
 5. Wahl des Vollzugsrates der Republik.
- Einträge an dieser Tagungsordnung sind möglichst umgehend dem Sekretariat des Vollzugsrates, Rheindierichsallee, mitzuteilen, ebenso die Namen der Delegierten.
- Es wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß je 6000 Reichsmark in U. S. D. nicht 100 000, was Recht haben, einen Vertreter entsenden darf.
- Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte: Rich. Müller, Wollenbutz.

Die Anladung der Sowjet-Vertreter.

Berlin, 10. Dezember. Wie die Blätter melden, hat die Regierung über die vom Vollzugsrat an die russische Arbeiter- und Soldatenräte gerichtete und die russische Regierung in der Vorbereitung zum Zentralrat der deutschen U. S. D. und S. M. beraten und beschlossen, die Russen zu bitten, sich möglichst auf die außenpolitische Lage Deutschlands zum Besuche aufzusuchen. — Der Vollzugsrat sieht den Besuchen, keine Einladung nicht aufrecht zu erhalten. Die Räte von den russischen Sowjet-Vertretern noch im Steigen — sein Wunsch, wenn man die Rede gegen den „Bolschewismus“ leistet.

Umbildung zu einem „Vollstrate“.

Darmstadt, 10. Dezember. Der hiesigen U. S. D. und S. M. ist sich auf an seiner Stelle mit ein „Vollstrate“ für die Republik Offen gebildet. Dieser Vollstrate hält sich auf alle Bevölkerungsschichten der Republik stellen, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die örtlichen U. S. D. und S. M. werden aufgefordert, sich anzuschließen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Kollektiv zu übertragen. Der hiesige U. S. D. und S. M. hat sich sofort neu als Vollstrate konstituiert.

Der Bremer Rat verteidigt seine Macht.

Bremen, 10. Dezember. Mit 173 gegen 84 Stimmen hat sich der Bremer U. S. D. und S. M. in einer Resolution gegen die Bildung einer Nationalversammlung und die Einsetzung eines Nationalrats ausgesprochen. Ein Antrag, den Nationalrat aufzusuchen, sofortige Neuwahlen für die Bürgerarbeit unter Zugrundelegung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts auszusprechen, wurde nach kurzer Debatte mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Die Rote Garde als Volkwehre.

Braunschweig, 10. Dezember. Der U. S. D. und S. M. hat sich für die Forderung des Vertrauensauschusses der Garnison auf die Bildung der Matrosen und Abzug der roten Garde folgende Erklärung angenommen: Der U. S. D. und S. M. hat die Bildung einer Volkwehre als notwendig erachtet, welche auf dem Standpunkt der Nationalversammlung vollkommen sein soll und durch eine Volkwehre zu erfolgen ist. Die Matrosenabteilung und die Rote Garde können lediglich die Grundlage zur Schaffung einer Volkwehre sein. So lange die Revolution U. S. D. und S. M. besteht die „Beziehung Rote Garde“ durch „Nationaldemokratische Volkwehre“ zu ersetzen.

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a list of names.

Die Bewegung im Bezirk.

Am 10. Dezember. Der B. und S. hat teils mit dem...

Eingang in Berlin.

Der Eingang der Bundesminister und sonstigen Truppenteile...

Bedürftige Sozialisierung.

Berlin, 10. Dezember. Arbeitslosen der Sozialisierungs-

Wie stehen wir vor einer Weltrevolution?

Berlin, 10. Dezember. In der gestrigen ersten Sitzung...

Gegen Preissteigerungsbestrebungen.

Berlin, 10. Dez. Die preussische Regierung erläßt eine...

Hindenburg, der Reaktionär.

Berlin, 10. Dez. Der preussische Minister Gen. Strödel...

Die fog. Freiheit der Meere.

Nach einer Mitteilung wurde vom Dampfer George Washington...

Diese Maßnahme eines Problems, die nach Harle Gegen-

Die meisten der Waffenstillstandsverhandlungen

beginnen am Donnerstag, 12. Dezember, in Krieger-Londoner...

Streik im Ruhrrevier.

Duisburg, 9. Dezember. Im Ruhrrevier wurde von dem...

Die französischen Arbeiter rütteln an ihren Ketten.

Pariser Arbeiter teilen mit, daß Sonntag nachmittag eine...

Der 800-Millionen-Schwindel.

Berlin, 9. Dez. Die Behauptung einer Berliner Korrespondenz...

Wie wenig die A. und S. M.äte mit dem Gehe um sich werfen...

1. Januar. Die bürgerliche Presse behauptet: Die Regierung...

Kerkerungen im Andovrigen Amt.

Kerkerungen im Andovrigen Amt. Der langjährige Direktor...

Kaiserliche Leihgabe.

Kaiserliche Leihgabe. In den 12. Januar 1919 hat...

In der Sitzung ist eine Vermählung der bürgerlichen Demo-

Reber Wilhelm Gehrensdorf

Reber Wilhelm Gehrensdorf sind die Blätter täglich mit...

Im Oriehtenlager in Orlitz

Im Oriehtenlager in Orlitz hatte sich auch ein gerichtlicher...

Sebensmittelkommission.

Sebensmittelkommission. Neuburg, 9. Dez. Mit dem...

Streiks in England.

Streiks in England. London, 10. Dez. Die Daily Tele-

Die Bewegung im Bezirk.

In der am 6. Dezember in Schülgen Lokal zu Lobau tagen...

Soeben.

Am Sonnabend hatte ein Lehrer Schred, nach seiner eigen-

Soeben.

So war diese als konfessionell gedachte und auf den Rang...

Soeben.

Am Sonnabend 7. Dezember, fand in GutsMuth eine öffent-

Soeben.

Die Volkshervorhebung am vorigen Sonntag im GutsMuth...

Soeben.

In dem Städtchen Querfurt-Neudorf war zur Klärung...

Soeben.

Freitag, den 8. d. M., fand in Ober-Erdling ein Saal...

Soeben.

Soeben. Die tags darauf am Samstag stattgehabte öffent-

Soeben.

In einer vom Arbeiter einberufenen Volksversammlung...

Soeben.

Die Volkshervorhebung, die am Sonntag in der Weinbauge...

Soeben.

Am Sonntag, den 10. d. M., fand in der GutsMuth eine...

Am Sonntag sprach Herr Genosse Bruno Wötige... Die Revolution und die Grundlagen der Revolution... Die Revolution ist ein notwendiges Ereignis...

(Inoffizielles Protokoll) werden von Seite 48 für den freibühnen Verkauf freigegeben... Der Antrag: Eine Reform der Verwaltung... Die Reform der Verwaltung ist ein notwendiges Ereignis...

Baracketen in Höhe von rund 800 000 Mk... Eine Radrennfahrt... Die Radrennfahrt ist ein notwendiges Ereignis...

Aus der Provinz.

Der Bezirksrat des Bezirks Halle der Unabhängig. Sozialdem. Partei Deutschlands... Der Bezirksrat hat sich für die Wahl von... entschieden.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Dezember 1918. Stadtverordnetenversammlung... Der Vorsitzende Dr. Reil eröffnete die Sitzung...

Hallen in den Verkaufsstellen.

Die unten verzeichneten Firmen erklären sich mit Rücksicht auf die bestehende Zahlungsmittelknappheit bereit, im Monat Dezember für alle Einkäufe 98% in Zahlung zu nehmen...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Die heute im Kreisbauernverband... Die Bauern sind in der Lage, die Ernte zu verkaufen... Die Ernte ist reichlich und die Preise sind hoch...

Kriegsanleihe als Bargeld!
Die unten verzeichneten Firmen erklären sich mit Rücksicht auf die bestehende Zahlungsmittelknappheit bereit, im Monat Dezember für alle Einkäufe 98% in Zahlung zu nehmen und zwar bis zur Höhe des Kaufpreises. Eine Herausgabe etwaiger Leberschüsse in bar soll nicht stattfinden, vielmehr muss ein erforderlicher Ausgleich durch Barzahlung seitens des Käufers erfolgen.
Brummer & Benjamin. A. Huth & Co. J. Lewin. Geschw. Loewendahl. Alex Michel. Leop. Nussbaum. M. Schneider. Weddy-Poenicke. G. Assmann. Herm. Bauchwitz. Endepols & Dunker. S. Weiss.
An den nächsten beiden Sonntagen (15. und 22. Dezember) sind unsere Geschäfte von 11% bis 6 Uhr geöffnet.

8484
DFG

